

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 28. August 1920
11. Jahrg. Nummer 200

Verlag: Die besagte Zeitschrift...
Preis: In Deutschland...
Vertrieb: In Deutschland...

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 560 89.
Verlagsredaktion: Breslau 44, Reibstock Str. 50, Tel. 259 02.
Sprechst. der Redaktion von 12-13 Uhr.
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Glatz, Beuthstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Wobbeplatz 11, Tel. 1864;
Zell, Kunig 6, Telefon 2384. Geschäftsst. von 9-11 Uhr. Verlags-
hand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: G. L. S. Verlagsgesellschaft
m. B., Breslau. — Druck: „Reinhold“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

Erwerbslose unter Polizeikontrolle

Provokatorische Beschlüsse im Sozialpolitischen Ausschuss Eine Erklärung der Unternehmerverbände

Berlin, 27. August. In einer Pressebesprechung bei der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände legten Präsident Brauweiler und Dr. Erdmann noch einmal die Auffassung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zur Reform der Arbeitslosenversicherung dar. Sie führten u. a. aus, daß die Vereinigung nochmals auf die dringende und sofortige Reformnotwendigkeit der Versicherung ohne weitere Verschärfung der Wirtschaft hinweisen und insbesondere ihre schwerwiegenden Bedenken gegen die jetzige Regierungsvorlage äußern müsse. Im Reichshaushalt seien Mittel in nennenswertem Umfang für die Arbeitslosenversicherung nicht mehr verfügbar. Auch könnten bei der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches keine größeren Geldmittel von dieser Seite erwartet werden. Die Vereinigung halte nach wie vor eine Erhöhung der Beiträge über 3 v. H. mit der gegenwärtigen Lage von

Wirtschaft und Reich nicht für vereinbar. Es sei möglich und notwendig, die Reichsanstalt unter Vermeidung einer Beitragserhöhung und ohne weitere Gefährdung des Reichshaushaltes durch Reformen und Sparmaßnahmen zu sanieren.

Berlin, 28. August. In der Dienstag-Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses zeigte die SPD. in aller Deutlichkeit ihre Hilfslosigkeit, die sie der Bourgeoisie bei ihrem Vorstoß zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung leistet. In einheitlicher Front stimmten die bürgerlichen Parteien mit der SPD. alle Streichungsanträge der Kommunisten, die sich gegen die reaktionären Bestimmungen der Regierungsvorlage richteten, nieder. Die Ziffer 46 der Regierungsvorlage Absatz b bestimmt, daß zum § 171 des alten Gesetzes eine neue Bestimmung aufgenommen wird, die wie folgt lautet:

„Die Beauftragten des Arbeitsamtes sind berechtigt, die Wohnung einer Person, die Arbeitslosenunterstützung bezieht oder beantragt hat, zu betreten, wenn das Arbeitsamt dies zur Feststellung, ob die Voraussetzungen der Unterstützung vorliegen, für erforderlich hält.“

Jedem Erwerbslosen ist klar, daß diese Bestimmung, die in das Gesetz aufgenommen wird, den ausgesprochenen Zweck verfolgt, der übelsten Schnüffelei durch die Instanzen des Arbeitsamtes Tür und Tor zu öffnen. Die kommunistische Fraktion hat beantragt, die Ziffer 46 der Regierungsvorlage zu streichen. Gegen diesen Antrag stimmten alle Parteien einschließlich der Sozialdemokratie. Das gleiche schmutzige Manöver veruchte die Sozialdemokratie bei der Beratung der Ziffer 47 der Vorlage. In dieser Ziffer wird bestimmt, daß dem § 173 Absatz 1 ein weiterer Satz angefügt wird, wonach der Erwerbslose, über den eine Sperrfrist verhängt wurde, zur Meldung auf den Stempelstellen verpflichtet ist, andernfalls ihm die Tage auf die Sperrfrist nicht angerechnet werden. Diese Ergänzung ist das logische Ergebnis der Regierungsvorlage in Ziffer 22, worin die Sperrfrist auf sechs Monate verlängert werden kann. Die SPD. stellte unter dem Druck der Kommunisten ebenfalls einen Streichungsantrag. Von dem Redner der kommunistischen Fraktion wurde das infame Spiel der Sozialdemokratie gegeistelt, die bei der Beratung über die Verlängerung der Sperrfrist zu dem entscheidenden Absatz einen Änderungsantrag gestellt hatte, gegen den Antrag der Kommunisten — diese Ziffer der Regierungsvorlage zu streichen — jedoch stimmte und bei der Endabstimmung über die Regierungsvorlage aus einander fiel und somit die Annahme dieses Schandparagraphen ermöglichte.

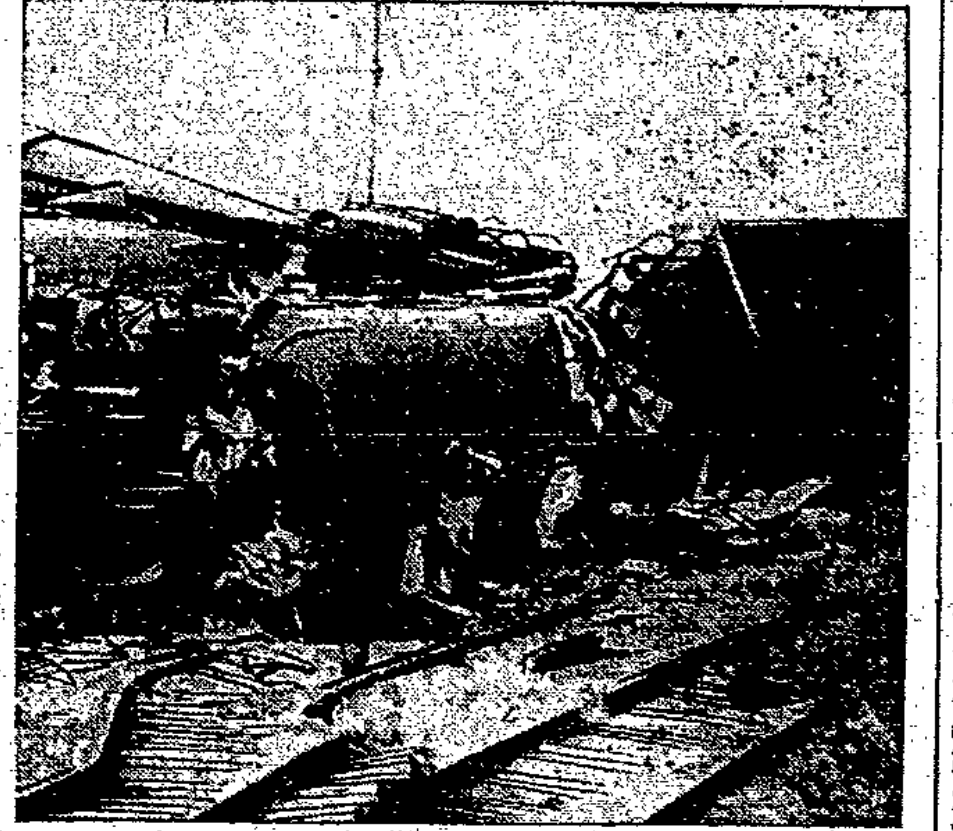
Locomotivführer nicht schuld

Weitere Todesopfer der Katastrophe in Buer

Berlin, 27. August. Nach dem Bericht der Reichsbahnkommission, die zur Untersuchung der Eisenbahnkatastrophe von Buer sich zur Unglücksstelle begeben hatte, und die inzwischen wieder nach Berlin zurückgekehrt ist, trifft den Locomotivführer nicht, wie es anfänglich den Anschein hatte, die Schuld. Der Fahrleitersleiter auf dem Bahnhof von Düren hat dem Locomotivführer einen falschen Befehl überreicht, nämlich den Befehl vom Tage vorher, als das Umgehungsgleis noch nicht besetzt wurde, sondern die alte Strecke. Da der Locomotivführer den neuen Befehl noch nicht besaß, ist er mit der üblichen Geschwindigkeit über die im Bau befindliche Strecke gefahren. Wie weit der Fahrleitersleiter in Düren die Schuld trifft, muß die weitere Untersuchung ergeben. (Damit sind die Behauptungen der „Arbeiter-Zeitung“, die sie bereits am ersten Tage aufstellte, vollständig bestätigt. Bei der weiteren Untersuchung wird sich unzweifelhaft zeigen müssen, daß man auch der Person des Fahrleitersleiters keine Schuld zuschieben kann, denn diese ist in der Abbau- und Sparpolitik der Hauptverwaltung zu suchen. D. Red.)

schwerverletzten Locomotivführers noch unverändert. Er ist also noch nicht vernehmungsfähig.

Der Schauplatz der Eisenbahnkatastrophe



Düren, 27. August. Auf der Unfallstelle bei Buer war am Montagabend noch angestrengt mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die Locomotive ist durch einen Kran wieder in das Gleis gestellt worden und konnte abgeschleppt werden. Die Wagen des Unglückszuges werden zerschnitten und so beiseitegeschafft. Es besteht die Möglichkeit, daß man unter einem Wagen noch auf tote Stöße. Am Montagabend sind im Krankenhaus in Buer noch zwei Verletzte gestorben. Nach Rückfrage im Krankenhaus ist der Zustand des

Einigung im Haag?

Widersprechende Meldungen

Bis in die späten Abendstunden des Dienstags rechnete man allgemein mit einem resultatlosen Abbruch der Haager Konferenz. Unerwartet verbreitete die „Telegraphen-Union“ am Morgen des Mittwoch eine Meldung, wonach es angeblich doch gelungen sein soll, zu einer Einigung zu gelangen. In der fraglichen „TU“-Meldung heißt es u. a.:

„Kurz nach Mitternacht wird bekannt, daß nach mehr als sieben-tägiger Verhandlung eine grundsätzliche Einigung zwischen England und den vier Gläubigermächten zustande gekommen ist. Jegliche Einzelheiten fehlen noch. Der Generalsekretär der Konferenz hat sofort telephonisch der deutschen Delegation mitgeteilt, daß Dr. Stresemann und die übrigen Minister an der Konferenz teilnehmen müßten. Stresemann war jedoch bereits seit zwei Stunden im Bett, so daß es noch nicht feststeht, ob er an der Konferenz teilnehmen wird. Nur Minister Hilferding war zur Zeit im „Hotel Orange“ zu erreichen. Die Anwesenheit der deutschen Minister ist scheinbar dringend erforderlich, um die erzielte Einigung zwischen England und den vier Gläubigermächten in den finanziellen Fragen durch die Zustimmung Deutschlands zu den von Deutschland geforderten finanziellen Kosten hierdurch endgültig zu machen. Bisher fehlten je-

doch alle Einzelheiten über die Grundlage der Einigung, die als solche jedoch bekanntgegeben wurde.“

Nach Vorliegen näherer Meldungen werden wir zu den Ereignissen im Haag ausführlich Stellung nehmen.

Die Munitionsexplosion in Nanjing

London, 27. August. Bei der Explosion des großen Munitionslagers in Nanjing kamen nach den bis jetzt vorliegenden Berichten 25 Personen ums Leben. Der Gesamtschaden wird mit drei Millionen Mark angegeben. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden. Nach einem amtlichen Bericht nimmt man an, daß sie auf eine fehlerhafte Granate zurückzuführen ist, die sich zwischen einer neuen Munitionsladung befand. In anderen Kreisen neigt man dazu, die Explosion auf kommunistische Umtriebe (wie immer! D. Red.) zurückzuführen.

In London liegen stark widersprechende Gerüchte über die Vorgänge in Palästina vor. Privatmeldungen sprechen von 80 bis 100 Todesopfern, die die Zusammenstöße zwischen jüdischen Arabern bisher gefordert hätten. (Siehe auch Beilage.)

Nach im Spruchverfahren wird eine Strafgewalt hinsichtlich der Einspruchsfrist der Erwerbslosen gegen die Entscheidung der Spruchauschüsse festgelegt. Die Ziffer 50 besagt, daß nachstehende Formulierung zu § 150 Absatz 1 in das Gesetz aufgenommen werden soll:

„Hat der Spruchauschuss die Entscheidung des Vorliegenden einstimmig bestätigt, so ist die Entscheidung endgültig.“

Hat der Spruchauschuss sie abgeändert, so ist gegen seine Entscheidung Berufung des Arbeitslosen oder des Vorliegenden oder jedes Beisitzers im Spruchauschuss an die Spruchkammer zulässig.“

Da in fast allen Fällen es sich bei diesen Sprüchen um die Entziehung von Erwerbslosenunterstützung handelt, und da die bisherige Spruchpraxis genügend Beispiele liefert, daß die Erwerbslosen aus der Versicherung ausschalten werden, ist diese neue Bestimmung ein Mittel dazu, jede Verurteilungsmöglichkeit auszuschließen. Die Kommunisten verlangten auch hier Streichung der Bestimmungen. Die weiteren Ziffern der Regierungsvorlage wurden im Sitzungsstempo durchgepeitscht, wo sich ständig in der Abstimmung eine einheitliche Front zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten zeigte, lediglich der § 259, der die Strafbestimmungen für die Arbeitgeber vorsieht, dem auch die kommunistischen Vertreter zustimmten, zeigte ein Ausbrechen der Deutschnationalen aus dieser Front. — Die erste Lesung wurde bis auf die Ziffern über die berufsbildende Arbeitslosigkeit, die Parteizeit, erledigt. Die Beratung über diese einschneidenden Bestimmungen erfolgt in der Mittwoch-Sitzung des Ausschusses.

Die Erklärung der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeber“ ist nichts anderes als ein Versuch der Bourgeoisie, den SPD.-Führern ihren Verrat an den Erwerbslosen zu erleichtern. Sie soll den sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsaktivisten die Möglichkeit geben, den Arbeitern zu sagen: Seht, das Schlimmste haben wir doch abgewehrt. Darüber hinaus hat die deutsche Bourgeoisie unzweifelhaft die Absicht, das Arbeitslosenproblem dadurch zu „lösen“, daß sie Hunderttausende von Erwerbslosen dem Hungertode preisgeben und gleichzeitig auch die Realverdienste der noch im Betrieb stehenden weiter herabdrücken will.

Erwerbslose und Betriebsarbeiter, durchschaut das durchsichtige Manöver der bürgerlich-sozialistischen Einheitsfront, dies Spiel mit verteilten Rollen, das Unternehmer und Sozialdemokraten treiben, um die Wiffel-Vorlage durchzubringen. Die gesamte Arbeiterschaft in Stadt und Land muß gegen das Attentat auf die Erwerbslosen, das sich gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet, in wachen Protestkundgebungen aufmarschieren. Erwerbslosenvertreter, Betriebsräte, revolutionäre Vertrauensleute, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, bildet eine Einheitsfront zum Kampf gegen das geplante schamlose Vorgehen an der Arbeiterschaft.

Lodesgefahr für die Gastonia- Textilarbeiter!

„Wenn der kapitalistischen Klasse die Durchführung ihres Vorhabens erlaubt wird, haben wir einen internationalen Skandal mehr. Alles hängt, wie gewohnt, von der Propaganda und vom Massenprotest ab, welcher regelmäßig zu spät einsetzt. Es ist aber Pflicht der Arbeiter, alles zu tun.“

Upton Sinclair zum Gastonia-Prozess.

„Das Loblieb bürgerlicher und anderer „Sachverständiger“ über das freie Amerika und die Entwicklungsmöglichkeiten der Arbeiter daselbst, wird neuerdings unterbrochen von Vertichten über große Streiks, über Zusammenstöße der kämpfenden Arbeiterschaft mit Polizei- und Unternehmerruppen. Laut und dringend, täglich stärker erdönt, zwei Jahre nach der Ermordung von Sacco und Vanzetti, der Ruf der sechzehn des Mordes angeklagten Gastonia-Textilarbeiter.“

Die Geschichte der amerikanischen Streikbewegungen ist die unwiderlegbare Beweisführung, daß der bürgerliche Staat mit seiner Polizei, seinem Militär, seinen Gerichten, ein Instrument der herrschenden Ausbeuterklasse ist. Vor vierzig Jahren fielen die Märtyrer von Chicago, steben tapfere Kämpfer. An ihnen verübte der aufstrebende Kapitalismus seine Rache. Er wollte die sich entfaltende Arbeiterbewegung erdrücken. Umsonst. Trotz aller Hindernisse marschierte die amerikanische Arbeiterbewegung. Seither sind Hunderte und Tausende in die Klauen der kapitalistischen Justiz gekommen. Besonders Aufsehen erregte aber

die Verurteilung von Sacco und Vanzetti.

Zu ihrer Rettung trat das internationale Proletariat auf den Plan. Die Solidarität der Ausgebeuteten zeigte sich im schönsten Lichte, doch gelang es ihr nicht, die beiden Klassengenossen zu retten.

Wenn bürgerliche und pazifistische Ideologen, die von Klassen nichts sehen und hören wollen, für den Chicagoer Justizmord die bürgerliche Erregung über das rapide Wachsen der Arbeiterbewegung mildernd in die Waagschale werfen, wenn die gleichen Leute im Falle Sacco und Vanzetti den Ausländerhaß und andere Umstände beschönigend ins Feld führen, so kann im Gastonia-Prozess nicht mehr gesunkert werden. Hier handelt es sich um amerikanische Staatsbürger, nicht um verhasste „Ausländer“. Hier dreht sich die Geschichte nicht ab im Gesichtspunkt revolutionärer Ereignisse, es handelt sich um einen Streik amerikanischer Textilarbeiter, um mehr Lohn, um kürzere Arbeitszeit, um die Anerkennung ihrer Gewerkschaft. Es tritt hier unverhüllt ans Licht:

die kapitalistische Klassenjustiz in amerikanischer Form und Aufmachung.

Wir sehen die Eindringung der Klassenkampforganisationen in bisher unberührte Gebiete, in den Süden der Vereinigten Staaten, dort, wo Hunderttausende von Textilarbeitern maßlos ausgebeutet werden. Dies bedeutet eine neue Epoche der amerikanischen Arbeiterbewegung. Unumschränkt herrschten dort bis vor kurzem die Textilbarone. Die A.F.L. (amerikanischer Gewerkschaftsbund) hat es nie gewagt, ernsthaft deren Privilegien anzutasten. Es war die N.W.U. (Textilarbeitervereinigung) unter revolutionärer Führung, die sich an die Spitze der ausgebeuteten Textilproleten stellte. Mit dem Blut unverbauter Kräfte wurde der Kampf begonnen und durchgeführt. Während von 14 Jahren, alte Frauen, Greise, kämpften ebenso entschlossen, wie die rühtige Jungmannschaft. Dieser entschlossene Kampf der 3000 Gastonia-Textilarbeiter war

ein Kampfsignal für Hunderttausende von Textilarbeitern.

Sie warden in ihrer nächsten Umgebung Zehntausende aus Ergebung und Knechtschaft. Und da, als für die Unternehmer die unumschränkte Ausbeutungsmöglichkeit in Gefahr kam, da setzte der Unternehmerterror ein. Wir kennen die bürgerliche Presse als Dienerin des Kapitals, diejenige von Nord-Karolina zeigte sich mehr als Dienerin, als vollständige Hure des Kapitals. Eine Verleumdungskampagne schlimmsten Stils setzte ein. Es wurde offene Propaganda für die Lynchjustiz gemacht. Demgemäß stellten sich auch die Behörden voll in den Dienst der Textilbarone. Was seitens des Bürgertums, der Behörden, der bewaffneten Banden und Unternehmer an Gemeinheiten geleistet wurde, ist unmöglich aufzuzählen.

Streikpostenverbot, Verhaftung der Streikposten, Lynchversuche.

Dann, als die Unternehmer die Streikenden aus den Wohnungen schmissen, und diese ein Zeltlager errichteten, Ueberfälle bewaffneter Banden auf diese Lager. Versuche, die Lebensmittel zu zerstören, (Ueberfall auf das Depot der N.W.U.), Zerstörung des Streikbüros. Sperre von Wasser und Licht ins Zeltlager, und vieles andere mehr. Das ist das wahre Gesicht des kapitalistischen Amerikas, verschwunden der demokratische Himmel, der bibelsteife Kleister. Wenn der Profit bedroht ist, offene, brutale, durch nichts verschleierte Gewalt.

All dies konnte den Kampfwillen nicht erschüttern. Das ist das Herrorragende dieses Kampfes. Wenn wir in Westeuropa unter legalen Verhältnissen bei regelmäßiger Streikunterstützung ein paar Wochen streiken, da glauben wir wunder, was für Gelden wir seien. Hier aber brauchte es Festigkeit im vollen Ausmaße, und sie war da. Den bewaffneten Banden wurde Widerstand geleistet. Mann und Frau, Weiß und Schwarz in einer Kampffront zum Schutz ihres Lagers. Und in dieser Abwehr blies der Polizeichef Albrecht auf der Straße. Es ist völlig unaufgeklärt, ob er durch die Abwehrenden oder durch eine Kugel der eigenen Leute fiel. Auf alle Fälle hatte er mit seiner bewaffneten Bande im Zeltlager nichts zu tun, die Arbeiter verteidigten ihr Leben und ihre Heimstätte.

Nun wurden insgesamt 16 führende Genossen verhaftet und des Mordes angeklagt. Weil es dem Unternehmertum nicht gelang, durch die bisherigen Methoden den Streik abzuwürgen, will man durch ein Gerichtsurteil die Arbeiter der Führer berauben, und gleichzeitig die übrigen Textilarbeiter der Südstaaten einschüchtern. Der ganze Apparat konzentriert sich auf diese Aktion. Die Unternehmerrasse geht in blinder Wut. Der Henker stellt den elektrischen Stuhl für die Männer; den Frauen steht lebenslängliches Gefängnis bevor.

Bereits wird eine allumfassende Protestkampagne der I.O.O.F. (amerikanische Rote Hilfe) organisiert. Ungeheure Geldsummen sind nötig für die Propaganda und die Verteidigung. Die A.F. will

50 000 Dollar sammeln. Welche Geldmittel benötigt werden, zeigt die Tatsache, daß für drei Frauen je 5000 Dollar zur Entlastung gefordert werden mußten. Bald beginnt der Prozeß mit den üblichen amerikanischen Begleitumständen, die aus dem Prozeß von Sacco und Vanzetti weltbekannt wurden.

Auch das internationale Proletariat muß vor zur Hilfe!

Es geht um das Recht der gewerkschaftlichen Organisation, es geht um das Recht der Selbstverteidigung gegen die bewaffneten Söhne des Kapitals, es geht um das Leben von 16 tapferen Kämpfern!

Am Todesstage von Sacco und Vanzetti müssen wir uns erinnern, daß vor zwei Jahren der Massensturm, so stark er sich auch entwickelte, ungenügend war. Sacco und Vanzetti rufen uns heute, denen beizustehen, welche wie sie den Kampf gegen den Kapitalismus führen. Wir haben getrauert um die beiden Märtyrer, wir haben ein Kampfsprechen an ihrer Bahre gegeben, jetzt gilt es, dieses zu erfüllen!

Zu den Ereignissen in Palästina

Bild unten: Demonstration arabischer Arbeiter in Jerusalem gegen den jüdisch-sachsischen Terror, für das Recht, Gewerkschaften zu gründen und für den Achtstundentag.

Bild rechts: Ein Mitglied der jüdisch-sachsischen Legion in Jerusalem. Wegen dieses Geschmeiß wehren sich die arabischen Arbeiter und Kleinbauern, und die „gesittete“ kapitalistische Presse meutert heute auf über die „Judenpogrome“ in Palästina.



Britische Truppen von den Arabern entworfen

Ill. London, 27. August. Wie der „Daily Telegraph“ aus Beirut berichtet, teilten dort eingetroffene Flüchtlinge aus Palästina mit, daß die Araber am Montag einen Angriff auf Haifa un-

ternommen hätten. Zahlreiche Personen sollen hierbei getötet oder verwundet worden sein. Ein Teil der Soldaten sei von den Arabern entworfen worden. Die Lage werde furchtbar ernst. Eine Bestätigung der Nachricht über die Entlohnung britischer Truppen durch die Araber steht noch aus.

Steidle verkündet den Marsch auf Wien!

Die Reformisten entwaffnen die Arbeiter

Nachdem die „linken“ österreichischen Reformisten den Proteststurm der Arbeiterklasse nach dem Ueberfall von St. Lorenzen abgewürgt haben, werden die österreichischen Faschisten immer frecher Arbeiter, die an der Beerdigung des von den Faschisten ermordeten Schutzbündlers teilnahmen, wurden im Donauwälder Hüttenwert entlassen, aus einer Betriebsratsitzung dieses Werkes die sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder (von denen die Direktion einen Teil nicht zur Sitzung zugelassen hatte) durch die so geschaffene faschistische Heimwehrmehrheit hinausgeprügelt. Aber die österreichische Sozialdemokratie ermahnt die Arbeiter, „ruhiges Blut zu bewahren“ und die „Koalitionsfreiheit“ der in Betrieben mit freigewerkschaftlicher Mehrheit Beschäftigten Heimwehren zu wahren; jeder Versuch zur Verjagung der Gelben aus den Betrieben wird von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie „im Namen der Gerechtigkeit“ abgewürgt.

Es ist nur natürlich, daß angesichts dieser Haltung der Reformisten die Heimwehren sich kein Blatt vor den Mund nehmen. Ihr Bundesführer Steidle hat in einer am 24. August veröffentlichten Unterredung mit dem Vertreter der „Zusbrüder Nachrichten“ erklärt, man werde im Dezember einen großen Aufmarsch in Wien veranstalten. Selbstverständlich fordern die Heimwehren eine Verfassungsänderung — ob diese auf gewalttätigem oder friedlichem Wege zustandekomme, hänge nur davon ab, ob man den Heimwehren Widerstand entgegensetzen werde oder nicht. Den Zeitpunkt der entscheidenden Aktion würden die Heimwehren selbst bestimmen. Die österreichische Regierung verglich Steidle mit dem italienischen Ministerium Facta (das bekanntlich, als Mussolini den Marsch auf Rom unternahm, sich auf einige hohle Proteste beschränkte und dann abtrat).

Daß dieser Vergleich nicht übertrieben ist, kann man schon aus den Maßnahmen ersehen, die die Regierung zur Vorbeugung gegen

die Wiederholung blutiger Zusammenstöße“ getroffen hat: der Bezirkshauptmann von Bruck a. d. Mur wurde abberufen (die „linke“ Flauerer Volkszeitung bezeichnet dies als einen „Erfolg“ des Schutzbundes!) und durch einen energischeren Mann ersetzt, gleichzeitig mit Zustimmung der Sozialdemokratie ein Reichsmehrbataillon in die Arbeiterstadt Bruck a. d. Mur verlegt. Gleichzeitig erklärte man, in Zukunft Gegendemonstrationen gegen Verwaltungen einer anderen Partei von vornherein zu verbieten und überall eine strenge Waffenkontrolle durchzuführen. Gege: wen sich diese Maßnahmen praktisch richten werden, ist nur zu klar: gegen die Arbeiter und nur gegen die Arbeiter. Das von der Regierung ursprünglich geplante allgemeine Demonstrationsverbot wurde nicht erlassen. Die im Dienste der Heimwehren stehenden Landeshauptleute der Provinz wandten sich dagegen, durch solche Maßnahmen die Bewegungsfreiheit ihrer Viehlinge einzuschränken — und für Wien, wo sich das Demonstrationsverbot ausschließlich gegen die Arbeiter richtet, hat der sozialdemokratische Bürgermeister ohnehin ein Demonstrationsverbot erlassen, so daß die Regierung nicht mehr einschreiten braucht. In Aussicht genommen ist noch die Verstaatlichung der Kommunalpolizei in einigen sozialdemokratisch verwalteten Provinzstädten — und auch hiergegen hat die österreichische Sozialdemokratie kein Wort des Protestes gesagt. Ihr einziger Einwand gegen die Regierungsmaßnahmen ist der, daß sie zu wenig weitgehend und unzulänglich seien, offenbar jeller nach dem Willen der Sozialdemokratie noch neue Truppenkörper formiert und in die proletarischen Hochburgen geleitet werden, um „Ruhe und Ordnung“ zu schützen. Vor, in und nach St. Lorenzen war die Staatsgewalt immer mit den Heimwehren gegen die Arbeiter — aber die Sozialdemokraten rufen nach stärkerem Eingreifen der Staatsgewalt und brauchen große Phrasen über die „Selbsthilfe“, zu der sie zu ihrem Vorkriegsstand genötigt wären, wenn die Staatsgewalt nicht energischer werde. Kat-

mit dem Verstehe von der einstigen Selbsthilfe: halten sie Arbeiter Tag für Tag vom organisierten Widerstand gegen die faschistischen Vorstöße ab.

Der Steidle wird marschieren lassen; ausführliche Presseberichte liegen über die Finanzierung seiner Rüstungen durch die deutsche Schwerindustrie, vor allem durch den Kreis um Thyssen, vor, und die Faschisten werden schon die bestellte Ware liefern; den Marsch auf Wien. Die Regierung wird sich als eine Facta-Regierung bewähren — wenn sie nicht es vorzieht, offen an die Spitze des

faschistischen Aufmarsches zu treten. Die mit Zustimmung der Sozialdemokratie in die Arbeiterstädte gelegten Bataillone werden auf die Arbeiter schleichen, und die Sozialdemokratie wird sie auffordern, „eine günstigere Stunde abzuwarten“. Nichts kann dem österreichischen Arbeiter helfen, außer dem entschlossenen und organisierten Kampfwillen unter den Parolen und unter der Führung der Kommunistischen Partei, außer der internationalen Solidarität, insbesondere des deutschen Proletariats, an der es in der entscheidenden Stunde nicht fehlen wird.

lung eingebracht ist und erheblich Störungen verursacht hat, und daß die Gefahr weiterer Störungen besteht.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus der Sachlage, die Kostentragung aus § 21 BPD.

Hamborn, den 30. Juli 1929.

Das Amtsgericht: gez. Wd.
Ausgefertigt: gez. Unterschrift Justizangehülter
als Urkundenbeamter der Geschäftsstelle.

Beglaubigt Unterschrift
Rechtsanwalt.

Diese einstweilige Verfügung ist ein Schanddokument für die faschistische Entwicklung der Gewerkschaften. Sie signalisiert, wie die Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln unter Zuhilfenahme des kapitalistischen Staatsapparates ihre Positionen gegen die revolutionären Arbeiter verteidigt. Mit Hilfe von Polizei und Justiz werden die Gewerkschaften zu Hilfsorganisationen für den kapitalistischen Wiederaufbau ausgebaut. Jeder Gedanke des Klassenkampfes soll mit diesen Mitteln aus den Gewerkschaften ausgeremmt werden. Diese Methode der Gewerkschaftsbürokraten muß vor jedem ehrlichen Arbeiter den wahren Sinn der seitigen Gewerkschaftsorganisationen enthüllen. Die revolutionäre Arbeiterchaft wird auf diese Schandstreiche der Reformisten mit der Verstärkung des oppositionellen Kampfes in den Gewerkschaften antworten. Die Arbeiter, die die Gewerkschaften gegründet haben und Mitglieder der Gewerkschaften geworden sind, um durch ihren Zusammenschluß einen wirkungsvollen Kampf gegen die Ausbeuter führen zu können, werden nicht dulden, daß ihnen durch die Gewerkschaftsbürokraten mit Hilfe der kapitalistischen Klassenjustiz eine Taktik zur Unterstüpfung der Kapitalisten aufgezwungen wird. Die gesamte Arbeiterchaft in allen Gewerkschaften muß sofort auf das entschiedenste gegen diesen Schandstreich Stellung nehmen. Dieser Streich der Gewerkschaftsbürokraten muß auf das energischste zurückgeschlagen werden, sonst werden diesem Beispiel bald andere in den übrigen Gewerkschaften folgen.

Warum Buchkontrolle?

§ 2 des Statuts der KPD: Mitglied der Partei kann nur sein, wer das Programm und die Statuten der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Deutschlands anerkennt. Mitglied einer grundlegenden unteren Organisation der Partei ist, wer sich in dieser aktiv betätigt, sich allen Beschlüssen der Komintern und der Partei unterordnet, regelmäßig die Mitgliedsbeiträge entrichtet.

Der 12. Parteitag der KPD hat in seinen Beschlüssen zu den Org.-Aufgaben darauf hingewiesen, daß die Partei dahin kommen muß, daß jeder Kommunist entsprechend seinen Fähigkeiten eine bestimmte Aufgabe durchführt, und daß die Durchführung der Arbeit kontrolliert wird. Die Buchkontrolle hat nicht nur den Zweck, die Mitgliedschaft zu kontrollieren auf die Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Partei durch die regelmäßige Zahlung der Mitgliedsbeiträge, sie hat vor allem auch den Zweck, im Rahmen einer offenen Selbstkritik über die Durchführung der einzelnen Aufgaben der Partei, die Fehler und Mängel unserer Arbeit festzustellen. Nicht immer, vielleicht sogar in den wenigsten Fällen, ist der einzelne Genosse selbst schuld, daß er in der Beitragsleistung rückständig ist. Sehr oft liegen die Ursachen hierfür in einer falschen Methode der Kassierung. Nach dieser Richtung hin müssen am Tage der Buchkontrolle die Mängel festgestellt und abgeändert werden. Eine gewisse Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit in der wöchentlichen Kassierung setzt voraus einen Unterkaßierer, der gewissenhaft und mit der notwendigen Erkenntnis der politischen Seite auch dieses Teiles der Parteiarbeit seine Aufgabe erfüllt.

Der richtige Genosse am richtigen Platz.

Das muß in allen Stellenstellungen am Tage der Buchkontrolle die Parole bei der Beseitigung der vorhandenen Mängel sein. Ein schlechter Kassierer kann immer noch ein guter Agitprop- oder Landkassierer sein. Am Tage der Buchkontrolle müssen die Arbeiten aller

Parteilgenossen einer offenen Selbstkritik unterzogen werden. Dabei werden sich Umänderungen in der Bezeichnung von Funktionen als unbedingt notwendig herausstellen. Diese Fragen müssen gestellt werden in engster Verbindung mit der Durchführung der Parteibeschlüsse.

Wie haben die Ortsgruppen, wie haben die Zellen bis jetzt diese Beschlüsse durchgeführt? Was haben sie getan zur Verstärkung unseres Einflusses in den Betrieben? In den Massenorganisationen? Zur Verbreitung unserer Presse? Zur Schaffung eines revolutionären Vertrauensmännerkörpers? Zur Organisierung der Arbeiterkorrespondentenbewegung? Auch hier eine positive Selbstkritik ansetzen, die zur Grundlage haben muß die geschlossene Parteilinie. Nur so wird die Voraussetzung für eine eiserne Disziplin bei der Durchführung der Parteibeschlüsse sein können. Nachdem am Tage der Buchkontrolle alle diese Fragen besprochen sind, erst dann kann geprüft werden, welche Genossen befähigt jede Parteiarbeit ablehnen, ihnen gestellte Aufgaben nicht durchführen, also auch wirklich nicht die mindeste Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei besitzen. Wenn man diesen Genossen ganz kameradschaftlich, aber auch mit aller Schärfe und Deutlichkeit zeigt, daß Untätigkeit in der Kommunistischen Partei nicht geduldet werden kann, daß sie unbedingt zur Folge haben muß eine Schwächung der Stöckkraft unserer Partei, daß sie, auch in einzelnen Fällen, führen kann zu nie oder nur schwer wieder gutzumachenden Fehlern, so wird man diese passiven Genossen zum größten Teil für die aktive Mitarbeit gewinnen können, sie aber auch an den richtigen Platz stellen müssen.

Wenn so die Buchkontrolle benutzt wird, um nicht nur am Tage der Buchkontrolle, sondern darüber hinaus laufend alle Seiten der Parteiarbeit zu kontrollieren, dann wird das erreicht werden, was der 12. Parteitag in seinen Beschlüssen niedergelegt hat: Auf dem Boden der innerparteilichen Demokratie ist eine offene Selbstkritik über die Durchführung der einzelnen Aufgaben in der Partei von Vorteil für die Ausbesserung und Behebung der Mängel, für das Vertrauensverhältnis der Mitglieder zur Leitung und der gesamten Arbeiterchaft zur Partei, und damit für die gesunde Fortentwicklung der Partei.

Die Erwerbslosen zum Kampf bereit

In einer gemeinsamen Versammlung der Arbeiter der Firmen Zielinski, Fiedler, Dogge und Hübner und der Notstandsarbeiter des Gartenbauamtes Südfont in Königsberg (Ostpreußen) wurde das Vorgehen der Berliner Bauarbeiter, die zum Generalkrieg gegen die Abbaubetriebe der Erwerbslosenversicherung aufgerufen haben, einstimmig begrüßt und alle Arbeiter in Königsberg aufgefordert, Vertrauensleute zu wählen und eine Sitzung der Vertrauensleute der Betriebe, der Erwerbslosen und der Notstands- und Wohlfahrtsarbeiter am 28. August zu beschicken.

Der Erwerbslosenausschuß in Hindenburg O. S. hatte eine öffentliche Erwerbslosenversammlung einberufen, an der Hunderte Erwerbslose und auch Betriebsarbeiter teilnahmen und einstimmig eine Entschlieung angenommen wurde.

Gut besuchte Erwerbslosenversammlungen fanden in den letzten Tagen in einer Reihe größerer Orte in Westfalen statt, so u. a. in Riesa, Dschah und in Böhlitz-Ehrenberg. In allen Versammlungen kam die Empörung der Erwerbslosen zum Ausdruck. Ueberall wurde der bestehende Erwerbslosenausschuß durch neue Delegierte verstärkt und Delegierte zur Bezirkserwerbslosenkongress gewählt.

Die Unterführungsbepfänger von Koblenz nahmen in einer Versammlung zu ihrer Notlage Stellung und schlossen sich mit dem Erwerbslosenausschuß zusammen, um ihre Forderungen gegenüber der Stadt durchzusetzen.

In einer in Osterfeld im Ruhrgebiet stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Erwerbslosen wurde eine Entschlieung angenommen, in der den bisherigen kommunistischen Stadtverordneten volles Vertrauen und Anerkennung für ihre bisherige Tätigkeit im Interesse der Erwerbslosen und der Gesamtarbeiterchaft ausgesprochen und gelobt wird, bei den Kommunalwahlen im November den Kampf der Kommunistischen Partei zu unterstützen.

Sozialfaschisten an der Arbeit

Der Baugewerksbund mobilisiert die Klassenjustiz gegen revolutionäre Arbeiter — 50 Mark Geldstrafe für jeden Versammlungsbesuch

Die Sozialfaschisten führen in Anbetracht der wachsenden Radikalisierung breiter Arbeiterschichten ihren Spaltungskurs innerhalb der reformistischen Gewerkschaften mit größter Rücksichtslosigkeit durch. Um die Führung in den Gewerkschaften zu behalten und die Gewerkschaftsorganisationen zur gemeinsamen Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zu bringen, mobilisieren sie gegen die revolutionären Arbeiter alle Kräfte des Staatsapparates. Die Methode, die hier angewendet wird, ist offener Faschismus. Das Wesen der faschistischen Organisationen besteht in ihrer engen Verbundenheit mit dem kapitalistischen Staatsapparat. Der Baugewerksbund des Ruhrgebietes, die Baugewerkschaft Duisburg, gibt jetzt ein offensichtliches Beispiel dafür, daß die deutschen reformistischen Gewerkschaften den gleichen Grad der Faschisierung erreicht haben. Die Bauarbeiterchaft der Stahlwerke Hamborn und der Baugewerkschaft Duisburg steht geschlossen zur revolutionären Opposition. Vertrauensmann der oppositionellen revolutionären Bauarbeiter ist der Genosse Johann Dombrowski. Dombrowski vertritt und vertritt gegenüber den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten die Linie des revolutionären Klassenkampfes. Er vertritt die Forderungen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern und entlarvt die verräterische Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Die Gewerkschaftsbürokraten verfolgten den Genossen Dombrowski deswegen mit tödlichem Haß. Sie verboten dem Genossen Dombrowski den Besuch der Gewerkschaftsversammlungen. Genosse Dombrowski besuchte trotzdem die Mitgliederversammlungen, und die Mitgliedschaft beschloß einstimmig, daß er in der Versammlung anwesend sein solle. Gleichzeitig nahm die Mitgliedschaft eine Entschlieung an, in der sie entschlossenes Auftreten gegen das Versammlungsverbot und den beabsichtigten Ausschluß erklärte.

Trotzdem die Mitgliedschaft einstimmig hinter dem Genossen Dombrowski steht, wurde er von der Verbandsbürokratie ausgeschlossen. Eine weitere Mitgliederversammlung, die sich mit diesem Ausschluß beschäftigte und in der der Genosse Dombrowski erschienen war, beschloß wieder einstimmig, daß Genosse D. in der Versammlung bleiben solle. Da die Verbandsbürokratie merkte, daß sie gegen den einheitlichen Willen der Verbandsmitglieder nicht aufkommen könne, setzte sie die Klassenjustiz der Hindenburg-Republik in Bewegung und erzwang vom Amtsgericht in Hamborn folgende einstweilige Verfügung:

„Im Antrage des Rechtsanwalts Dr. Rosenthal zu Duisburg zur Zurückweisung an den Johann Dombrowski zu Hamborn heute per Post gegeben.
Duisburg, den 2. August 1929.

..... Unterschrift
Obergerichtsvollzieher in Duisburg.

5 G. 349/29.

Beschluß

In Sachen des Deutschen Baugewerksbundes, Ortsgruppe Duisburg, vertreten durch den Gewerkschaftssekretär Hermann Strohmann zu Duisburg, Marienstraße 29,

Antragstellerin,

Prozessvollstreckung: Rechtsanwalt Dr. Rosenthal in Duisburg gegen den J. Dombrowski in Hamborn a. Rh., Kaiser-Wilhelm-Straße 54,

Antraggegner,

wird im Wege der einstweiligen Verfügung ohne mündliche Verhandlung angeordnet:

Dem Antraggegner wird bei Vermeidung einer Geldstrafe von 50 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, die

Versammlungen der Antragstellerin zu besuchen und das Versammlungsort zu betreten, dem Antraggegner werden die Kosten der einstweiligen Verfügung auferlegt.

Die Antragstellerin hat glaubhaft gemacht, daß der Antraggegner aus dem Baugewerksbund ordnungsmäßig ausgeschlossen worden ist, daß er bereits einmal widerrechtlich in eine Versamm-



Sie ist klug!

Sie rechnet

mit dem Pfennig.

Pfennige geben Groschen, Groschen wieder Taler. Rechnen Sie auch so beim Waschen! Nehmen Sie Persil in der

vorgeschriebenen Menge, lösen Sie Persil kalt auf, und kochen Sie die Wäsche nur einmal, dann ist sie tadellos sauber, und Sie sparen manchen Groschen. Der ergiebige Inhalt eines Persilpakets reicht für 2 1/2 bis 3 Eimer Wasser.

Persil bleibt Persil

Warum kein Kampf gegen die Kulturreaktion?

Breslau, 28. August.

Der „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung“ hat größere Sorgen, als den Kampf gegen die Kulturreaktion zu führen. Das geht aus dem Rundschreiben hervor, das allen Breslauer Mitglie...

Der Geschäftsführer Pleisch will nun durch Fraktionsbildung in der Monistischen Gemeinde den Beschluß zur Errichtung einer eigenen Bestattungsstelle verabschieden. Wenn das nicht gelingt, dann droht er mit schärfstem Kampf. Pleisch glaubt sein Ziel schon mit Hilfe eines Fragebogens zu erreichen, den die Mitglieder nur auszufüllen brauchen.

„Wie stellt sich der Verband jetzt zum Kampf gegen das Konfessionsdogma?“

„Wie stellt sich der Verband zu den Parteien, die dem Konfessionsdogma zustimmen?“

„Wann gedenkt der Verband eine ordentliche Generalversammlung einzuberufen?“

„Wann gedenkt der Verband seine Ausschlußkampagne einzustellen?“

„Mit welchen Mitteln gedenkt der Verband den Kampf gegen die Kulturreaktion zu führen?“

Aber diese Fragen sind für Pleisch sehr unangenehm, weshalb er keine Mitgliederversammlung einberufen will.

Wir haben kein Interesse daran, daß eine Zersplitterung eintritt und verlangen von den oppositionellen Mitgliedern, daß sie gegen die Errichtung eines eigenen Lebens in der Monistischen Gemeinde stimmen. Andererseits verlangen wir vom Freidenkertumsvorstand in Breslau die sofortige Einberufung einer Mitgliederversammlung, wo zu den von uns gestellten Fragen Stellung genommen wird.



am 1. September in Waldenburg!

Hallo! Genossen! Habt Ihr Euch schon eine Autofahrlatte gesichert zum Internationalen Jugendtag in Waldenburg? Wenn nicht, dann muß das heute noch geschehen.

Gas über Breslau

Heute nacht machten sich in der Scheitniger und Oberstorsvorstadt unangenehme Gerüche bemerkbar. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr stellte fest, daß es sich bei diesen Gerüchen um Abgase der Superphosphatwerke Gasmatten handelt.

Die Miete für September

Die Septembermiete ist die gleiche wie im August. Die Erhöhung um den örtlichen Zuschlag tritt noch nicht ein, da die neuen vom 1. April ab geltenden Steuern von der Aufsichtsbehörde noch nicht genehmigt sind.

Berbe- und Blumentag der Breslauer Kleingärtner

Einen größeren Berbe- und Blumentag veranstalten am kommenden Sonntag die Breslauer Kleingärtner. 20 000 Blumensträuße, jeder mit einem Spruch versehen, werden am Sonntag auf der Kaufstraße des Werbelaufs verteilt.

Taschendiebstahl

Der Witwe M. J. wurde bei einer Menschenenanjammung an der Ohlauer Straße Ecke Schußbrücke aus der Handtasche ein Portemonnaie mit 25 Mark gestohlen.

Selbstmord

Der Bürobote A. B. hat in seiner Wohnung, Ring Nr. 44, Selbstmord durch Gasvergiftung begangen.

Strafenunfall

Am Dienstag, gegen 13.20 Uhr, wurde auf der Reich-, Ecke Tauenpfortenstraße, der Radfahrer, Kaufmann Josef Ring, von einer Kleinkraftdrohlfahrer umgefahren und schwer verletzt.

Ein ganz raffiniertes Dieb

Am 23. August hatte der Obergärtner J. in einem hiesigen Café einen Gast Mantel, Hut und Stiefel gestohlen. Der beobachtete Dieb war unerkannt entkommen.

Wie lange schweigt das Wohnungsamt?

Der Bauarbeiter M. K. ist seit November vergangenen Jahres verheiratet und am 12. Dezember 1928 unter Nummer G 1415 in die Liste der Wohnungsuchenden beim Wohnungsamt eingetragen. Das Ehepaar wohnt seit der Verheiratung bei den Eltern des Mannes auf der Weigelsdorfer Straße 6.

ärztliches Attest besagt, daß ein längeres Wohnen in der bisherigen Wohnung den vollständigen Ruin der Gesundheit der Frau bedeuten würde. Im März dieses Jahres haben zwei Beamte des Gesundheitsamtes die Wohnung untersucht und auf Grund des Befundes dem Ehepaar versprochen, sich bei dem Wohnungsamt für die baldige Zuweisung einer gesunden Wohnung einzusetzen.

Trotzdem der Arbeiter mehrere Male mündlich wie schriftlich auf dem Wohnungsamt vorstellig wurde, ist er bis heute ohne jede Antwort. Wir fragen das Wohnungsamt, wie lange soll die Familie noch auf die Zuweisung einer Wohnung warten?

Die Preise der „Wuwa“-Häuser

Die „Wuwa“ geht zu Ende, die Veranstalter sind bereits dabei, die Häuser und Wohnungen der Versuchsstellung an den Mann zu bringen. Seit einigen Tagen sind nun endlich die Preise an den zum Verkauf stehenden Häusern angeschlagen.

bleiben, der für den Kauf eines Hauses in Frage kommt. Noch nicht offiziell bekannt sind die Mietpreismieten in den Häusern, die nicht zum Verkauf stehen. Eine Schlaf- und Wohnkabine im Leibigenheim (genannt Panzerkreuzer A) ist mit über 100 Mark pro Monat kalkuliert.

An alle Partei- und Jugendzellen!

Imperialistische Kriegsangriffe gegen Sowjetunion erfordern höchste Aktivität. Internationaler Jugendtag am 1. September in Waldenburg muß Tag der Verteidigung der Sowjetunion sein.

Generalmitgliederversammlung der Internationalen Arbeiter-Hilfe

Donnerstag, den 29. August, 19.30 Uhr findet im „Gelsen Löwen“, Oberstraße, eine wichtige Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Lehren aus der Textilarbeiterbewegung.

Arbeiter Sport

Dels. Am 20. August fand die fällige Monatsversammlung des Arbeiter-Kultur- und Sportkartells statt, und zwar im Lokal „Ober-Schlesier“.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband: Internationaler Jugendtag-Plakette bis Freitag, den 30. August, an die 22. auf Postfachkonto Franz Schmidt, Breslau 74319 abgerechnet werden. Nicht verkaufte Plaketten müssen bis Donnerstag im Besitz der W. sein.
Jung-Partialis-Bund: Gruppe Süd, Mittwoch 17 Uhr Gruppenabend im „Eisenstein“, Goltzstraße 23.
Sonstige Organisationen: Besuchsabend „Gos“ (Männerchor), Mittwoch 20 Uhr „F. O. L. E. D.“, Freie Kameraden, Mittwoch 20 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 10.
Streikler: Note Gise, Mittwoch 19.30 Uhr bei B. e. r. s. e. („Stadt Breslau“) Mitgliederversammlung.

PEUVAG ARBEITER-SPORTVEREIN. bestellen alle Ihre Drucksaachen, wie Programme, Plakate, Festschriften usw. bei der PEUVAG-DRUCKEREI BRÉSLAU, TREBNITZER STRASSE 50 Fernsprecher-Nr. 23837

Waldenburger Bergland

Können fünf Personen von 6 Mark wöchentlich leben?

Skandalöse Zustände beim Waldenburger Wohlfahrtsamt

Der Arbeiter J. Sellig wurde am 10. August nach Vollendung von 18 Wochen Notstandsarbeit entlassen und stellte Antrag auf Arbeitslosenunterstützung. Da er eine siebenstägige Karenzzeit durchzumachen hatte, wurde er, da sein letzter Wochenlohn von 81 Mark noch nicht bezogen war, beim Wohlfahrtsamt vorstellig, um eine einmalige Unterstützung. Das wurde rüchlings abgelehnt. Nachträglich wurde ihm endlich ein Versuch auf die Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 10,50 Mark am 17. August gezahlt, womit er gezwungen war, eine Woche mit Frau und drei Kindern zu leben. Als er, da er sich wegen Arbeit bemühte, am Freitag seine Frau nach der fälligen Arbeitslosenunterstützung schickte, wurde dieser der Betrag von 6 Mark (!) ausgezahlt. Das Wohlfahrtsamt brachte rigoros den Versuch restlos in Abzug, anstatt den Abzug in Rate zu tätigen, wie das bisher der Fall war. Eine nochmalige Vorstellung seiner Frau beim Wohlfahrtsamt war ohne Erfolg, so daß die Familie gezwungen ist, mit sechs Mark Unterstützung sieben Tage lang das Leben zu fristen oder

Hungertodes zu sterben.

Arbeiter, dieser einzige Fall zeigt auch, was bevorsteht. Noch sind die Hungermütter darüber her, den Abbau der Arbeitslosenunterstützung zu beschließen, und schon zeigen die kommunalen Wohlfahrtsämter, daß sie es verstehen, die Arbeiter dem Hungertode oder dem Verbrechen auszuliefern.

Gebt der Jugend Quartier!

Zu dem am 31. August und 1. September stattfindenden Internationalen Jugendtag in Waldenburg fehlen noch eine Anzahl Quartiere. Wir bitten die Arbeiter, die in der Lage sind, einen Gefloßen für die Nacht zu beherbergen, sich bei den Funktionären des KJVD, oder der SPD, zu melden.

Stern I Brelau — Ring I Sandberg 2:1 (1:1)

Stern I konnte trotz Ueberlegenheit und Chancen nur Knapp gewinnen und hatte besonders kurz vor Schluß einen schweren Stand. Ring II Sandberg — Stern II 4:1. — Der zweite Serien Sonntag bringt unsere Mannschaften nach Waldenburg gegen die dortigen Freien Sportfreunde. Allgemein ist man an dem Abschneiden von Stern I gegen die spielstarke erste Elf von Waldenburg interessiert; ist es doch für die „Punktleäger“ von eventueller Bedeutung. Also abwarten!

Bergbaufunktionäre!

Am Mittwoch, dem 28. August, um 19 Uhr, findet im „Eckstein“ eine wichtige Konferenz statt, an der alle Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre aus dem Bergbau teilnehmen müssen.

Niederschlesien

Görlich

Betriebsarbeiter und Erwerbslose!

Heraus zur öffentlichen Versammlung am Donnerstag, dem 28. August, im Konzerthaus!
Gegen den Raubbau an der Arbeitslosenversicherung!
Referent: Genosse Keimann - Breslau.

Ein „netter“ Unternehmer

Ein Bauarbeiter aus Deutsch-Dijig schreibt uns: Der Architekt Paul Gröblich, wohnhaft in Görlich, Pröfstraße 18, ist der Meinung, die Arbeiter brauchen kein Geld zum Leben. Vorige Woche wurden die Maurer und Arbeiter entlassen wegen Arbeitsmangels, als es aber zum Lohnauszahlung kam, hatte der „werte Herr“ kein Geld. Mit 15 Mark wurden wir abgepeift. Auf die Frage, wann es den Rest gibt, war die Antwort: „Ich habe kein, müßt halt warten, bis ich welches bekomme.“ Die Invalidentarten erhielten wir ohne Markts zurück, trotzdem wir 18 Wochen gearbeitet haben. Dieser Architekt ist der Meinung, die Invalidentarten sind ein Eigentum, da kann er damit machen, was er will! Wir sollen nur sehen, wie wir sie in Ordnung bringen. Voriges Jahr hat er die Invalidentarten gemacht. Wir haben sogar noch Geld vom vorigen Jahre zu erhalten. Die Arbeiter mußten sogar für ihn den Zement bezahlen, ohne daß er ihnen das Geld zurückerstattet hat. Laub kennt Gröblich auch nicht. Wir sollen nur arbeiten; er wird die Tage bezahlen. Aber wann? Wenn er von Görlich verschwinden wird. Bauarbeiter, seid gewarnt vor diesem Unternehmer.

Armes Mädel!

A. K. Da die Dreckschleuber von der Außenstraße schon verabschiedet alle möglichen Werbemittel versucht hat, um für sich noch einige geistig minderwertige Leuten als Leser zu gewinnen, greift sie jetzt, nachdem sich alles als nutzlos erwies, zu theatralischen Mitteln. Sie veröffentlicht ein Bild, auf dem ein Mädel verliebt nach einer Gretel schielt und dieselbe zum „ein bißchen Herkommen“ einladet. Das Gretel bleibt jedoch standhaft und schmolzt, weil Mädel nicht die „Volkszeitung“ liest. — Mädel schwört, außer Liebe, auch die „Volkszeitung“ zu besitzen. Darauf ist Gretel verjährt. Ein altes Sprichwort sagt: Liebe macht blind. Und das Bild sagt die Wahrheit. Man muß schon verliebt, d. h. blind sein, um die „Volkszeitung“ verbauen zu können. Offenlich wird dem bedauernswerten Mädel nicht trotz der Verliebtheit lockerig von dem Mädel, der ihm nun jeden Tag vorgesetzt wird.

Sagan

Arbeitslohn 5,61 Mark wöchentlich

A. K. Die Erwerbslosen auf den Arbeitsstellen behandelt werden, die vom Arbeitsamt Sagan vermittelt sind, zeigt folgender Vorfall. Die Fabrik Seppert u. Wirth, Sorau M., benötigte dringend einige Weber, welche auch sofort vom Arbeitsamt Sagan vermittelt wurden, mit der alten Begründung: „Wenn Sie nicht anfangen, wird Ihnen die Unterstützung entzogen.“ Somit blieb den erwerbslosen Webern nichts anderes übrig, als die Arbeit anzunehmen. Der Umstand, daß in Sorau alles nach gewohnt wurde und die Saganer alles Traudenweber sind, wurde gar nicht berücksichtigt. Die erste Woche wurden 8,56 Mark verdient, davon gingen 3 Mark Fahrgeld ab. Das genügte aber noch nicht, sondern im Betriebe werden die Weber noch schikaniert und beleidigt. Eine Weberin hatte etwas nicht richtig an der Maschine gemacht und wurde von Herrn Fiert mit etwa folgenden Worten angebrüllt: „Was will denn die Saganer Bagasche hier? Sie soll sehen, daß sie nach Sagan kommt, denn wenn er sich nicht mehr überlegt, so hieße er der Arbeiterin ein paar Ohrfeigen, an die sie denken würde.“ Arbeiter, erhebt daraus, daß es die höchste Zeit ist, euch einzureihen in die kommunistische Partei, um mit ihr zu kämpfen für die Befreiung der gesamten arbeitenden Klasse!

Anfrage an das Landesarbeitsamt Breslau

A. K. Am Arbeitsamt Sagan ist in der Frauermittlung die Angestellte Frau Hillmann tätig. Sie ist bei den Saganer er-

werbslosen Frauen äußerst unbeliebt, denn ein großer Teil der Frauen und Mädchen hat mit ihr schon einen kleinen oder großen Strauß anzufechten gehabt. Eine erst vor kurzem erwerbslos gewordene Fabrikarbeiterin, 18 Jahre alt, wird von dieser Dame als Kuchensoldat und bei Andrang im Geschäft zu einem Käsebedienen nach auswärts vermittelt. Doch als sie die Stelle antreten will, stellt es sich heraus, daß sie als Schlenkerin (!) eingestuft wird. Das Mädchen verweigerte natürlich die Aufnahme der Arbeit und erhielt von dem vorausgabten Fahrgeld, das das Mädchen selbst tragen mußte, scheinbar als Strafe wegen Nichtaufnahme der Arbeit, nicht einen Pfennig vom Arbeitsamt zurück. Kurze Zeit darauf wird das Mädchen, welches einen 14tägigen Kochkursus mitgemacht hat, erneut nach auswärts vermittelt, 30 Kilometer von Sagan entfernt. Das Mädchen verlangt natürlich diesmal im voraus ihr Fahrgeld und erhält prompt zur Antwort: „Das ist uns egal, wie Sie dahin kommen, laufen Sie doch.“ Erst nach langem Hin und Her gelangt es dem Erwerbslosen-Omann, einen Fabrikbesitzer für das Mädchen herauszuholen. Wir fragen das Landesarbeitsamt an, ob es gewillt ist, hier Abhilfe zu schaffen, andernfalls wir uns genötigt sehen, die Beschwerde dem Reichsarbeitsamt zu unterbreiten. A. L., Erwerbslosen-Omann, Sagan.

Arbeiterfrauen werden rücksichtslos dem Tode preisgegeben

A. K. Wieder ist es uns gelungen, einen großen Skandal aufzudecken. Auf der „Männelburg“ wohnt eine Familie, in welcher die Frau lungentran ist. Als sich das Leiden vor 2½ Jahren merklich verschlimmerte, begab sich die Frau sofort in Behandlung zum zuständigen Tuberkulosenarzt, dem Stadtkr. D. Jungling. Nach mehrmaliger Untersuchung erklärte er: „Es waren schon sehr viele solche Kranke bei mir, sie sind heute alle wieder da und fett.“ Die Frau sollte schon lange in eine Heilanstalt kommen, man will aber wahrscheinlich erst ihren Tod abwarten. Dieser Tage mußte sie nun, von ihrem Mann begleitet oder vielmehr geschleppt, die Fahrt nach Liegnitz antreten, um sich noch einmal untersuchen zu lassen, ob sie auch wirklich krank ist. Lungenfacharzt Gile-Liegnitz sagte folgendes: „Die linke Seite ist ganz hin und die rechte schwer angegriffen. Wären Sie vor zwei Jahren gekommen, da war noch Rettung.“ Das einzige, was die arme Frau bekommt, sind Rezepte. Sie kann aber die Medikamente nicht holen, da sie selbst bezahlen soll. Auch Dr. Förtner hat die Frau einmal besucht und festgestellt, daß sie schwer krank ist, aber geholfen hat man ihr nicht. Wie lange wird dieser Skandal noch anhalten? Wir verlangen endlich richtige

Hirschberger Erwerbslose nehmen den Kampf auf

Am 17. November jede Stimme der kommunistischen Partei!

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Da die Vereinerung der Erwerbslosen immer weitere Fortschritte macht, hielten die Erwerbslosen von Hirschberg eine Versammlung ab. Dort wurde ein Erwerbslosenausschuß gewählt. Die Versammlung stellte folgende Forderungen an den Magistrat:

Ausreichende Unterstützung für alle Ausgehenden von mindestens 10 Mark für Ledige, 15 Mark für Verheiratete ohne Kind, und 3 Mark für jedes Kind.

Niederzahlung aller Beträge, welche vom Wohlfahrtsamt für die Ausgehenden gezahlt wurden.

Für jedes Kind unter 6 Jahren täglich einen Liter Vollmilch.

Für jeden Erwerbslosen, der eigenen Haushalt führt, pro Woche einen Zentner Kohle.

Für jeden Erwerbslosen 50 Prozent Mietzuschuß.

Trotz größter Sabotage seitens der SPD, welche in ihrem Kassenblatt vor dem Besuch der Versammlung warnte, war der Besuch ein außerordentlich großer.

Folgende Resolution wurde gegen die Stimme eines Nationalsozialisten angenommen:

„Die heutige Erwerbslosenversammlung erhebt schärfsten Protest gegen den beabsichtigten Raub der Unterstützung.“

Junge Bergkumpels

Habt ihr schon Delegierte in eurem Betriebe zu Antikriegstagung der schlesischen Jungarbeiter gewählt?

Behandlung einer derart Kranken. Arbeiter, laßt es nicht länger zu, daß man euch und eure Familie dem Tode preisgibt. Kämpft mit uns gegen die Gesellschaftsordnung, in der derartiges möglich ist.

Saganer Arbeiter

Am 24. August fand im Lokal Zingel eine Gründungsversammlung der Arbeiterwehr statt. Die Ortsgruppe ist nun, auf Verlangen der revolutionären Arbeiter Sagan's, mit 24 Personen ins Leben gerufen und dürfte in kurzer Zeit, nach der bisherigen Ueberflut, auf das Doppelte vergrößert werden. Die Grundlage ist geschaffen. Jedes Mitglied muß mit verstärktem Mut alle Kräfte zur Werbung anspannen, um den Kriegstreibern und Faschisten einen Ball entgegenzusetzen.

Wir ersuchen unsere Leser um Unterstützung derjenigen Geschäftsleute, welche bei uns inserieren.

Die Arbeitslosenziffer wird nun in ganz kurzer Zeit steigen. Das Volksgeschäft dankt entlieh am 24. August wieder 14 Maurer und einige Arbeiter.

Liegnitz

Achtung, Wohlfahrtsempfänger!

Die zunehmenden Beschwerden über Ungerechtigkeiten und Behandlung beim hiesigen Wohlfahrtsamt veranlassen uns, dieses Institut etwas unter die Lupe zu nehmen. Alle diejenigen, welche Beschwerden irgendwelcher Art vorzubringen haben, können dies tun am Dienstag jeder Woche in der Zeit von 18—19 Uhr auf der Mittelstraße 21, 2. Stod. Rücksichtslos werden wir alle arbeitertätlichen Methoden anprangern.

Bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront in Deutzen

A. K. Am Donnerstag fand die Einführung der neugewählten Stadtverordneten ins Parlament statt. Dieses setzt sich aus zehn Vertretern der bürgerlichen Einheitsliste, vier der SPD. und einem Vertreter des Zentrums zusammen. Auf der Tagesordnung stand nur die Wahl des gesamten Vorstandes und der ständigen Deputierten, wobei sich sehr gut zeigte, wie gut die Herren Bürgerlichen die Brauchbarkeit der SPD-Größen zu den einzelnen Deputierten kennen, denn der Liebling der Bürgerlichen, der SPDist P. Ludwig, bekam nicht weniger als sieben Nemter. Rächerlich wirkte das Gebaren des Auch-Sozialisten Peimann, welcher die SPD-Vertreter von der Zuschauertribüne aus durch Fingerzeige dirigierte, womit die Weisheitsgaben der SPD-Fraktion so recht gekennzeichnet wurden. Nach Schluß der Sitzung fand ein gemütliches Beisammensein im Hotel „Zum goldenen Löwen“ statt, wo sich die Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten auch in gesellschaftlicher Form auswirkte.

Aus dem Riesengebirge

Hirschberger Mädel

Der Sozialetat des Reiches, welcher unter der Parole: „Sparen a m Brötchen des Proleten“ im Reichstag zustande kam, wirkt sich auf den Sozialetat der Städte ganz empfindlich aus. Dies merkt man in Hirschberg am besten am Wohlfahrtsamt. Den Vermögenden der Armen reduziert man die Unterstützung und Nichtarten entweder auf die Hälfte oder ganz. Früher gezahlte Unterstützung zieht man durch Verzichtsvollzieher und Lohnabzug ein.

Die Zustände am Hirschberger Arbeitsamt spotten jeder Beschreibung. Sperrungen der Unterstützung sind an der Tagesordnung. Beim Stempeln und bei der Auszahlung fühlt man sich in die Zeit des Krieges zurückversetzt, denn es bilden sich stundenlange Polonäsen. Da durch das Grubenunglück in Waldenburg kein Mensch mehr Lust hat, für ein paar lumpige Pfennige sein Leben im Interesse der Kapitalshähen zu verlieren, versucht man, Jugendliche bis zu 25 Jahren nach Waldenburg zu versenden, in der Hoffnung, daß sich die Jungarbeiterchaft am leichtesten ausbeuten läßt.

Wie weit die politische Verhumpung des Reichsjammers fortgeschritten ist, illustriert am besten ein „Eingekandt“ im „Boten aus dem Riesengebirge“. Es wird darin Klage geführt, daß der Stahlhelm bei dem diesjährigen nationalen Rummel (Wischerfest in Löwenberg) sich nicht mitbeteiligen will. Als Grund gibt man an, daß das Reichsjammer im Festzuge mitmarschiert. Nun, Arbeiter, seht ihr nicht daraus, daß der Kurs des Reichsbanners ins Lager der Monarchisten geht? Arbeiter, wir rufen euch zu: Heraus aus dieser Organisation des Arbeiterverrats! Hinein in die kommunistische Partei!

Wir fordern Ausbau der Unterstützung auf der Grundlage, daß jeder Arbeitslose vor dem wirtschaftlichen Ruin bewahrt wird, Krisenunterstützung für alle Berufe für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Wir fordern Arbeit und Brot!

Hinweg mit der Koalitionsregierung, welche die Arbeiter verelenden läßt.

Gemeinsamer Kampf aller Erwerbslosen und Betriebsarbeiter gegen den Hungerfeldzug der Bourgeoisie!

Die wirtschaftlichen Forderungen wurden der Stadterordnetenversammlung als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dort konnte man am besten sehen, wofür Geld in diesem Kollegium zu haben ist. Für Gutachten für die Feuerwehr wirft man Hunderte von Mark hinaus. Am Wohlfahrtsamt hat man annähernd 50 Prozent „gepart“. Für Mietzuschüsse für Beamte hat man Tausende eingezahlt. Für den Antrag der Erwerbslosen wurde nicht die Dringlichkeit anerkannt. Am verräterischsten zeigte sich wieder einmal die SPD für die erwerbslosen nicht. — Arbeiter, heraus eucht ihr, daß nur die kommunistische Partei eure Interessen vertritt. Nur diese Partei am 17. November die Stimme!

Oberschlesien

Ratholische Arbeitersekretariate als Wahlmaschinen des Zentrums

Wie Bilge schließen in letzter Zeit Beratungsstellen der Zentrums- und Arbeitersekretariate aus der Erde. In fast jedem größeren Ort besteht so ein Laden. Das Typische dabei aber ist, daß erst jetzt, nachdem der Termin der Kommunalwahlen feststeht, diese Sekretariate und Beratungsstellen entstehen. Der Zweck dieser päpstlichen Institute liegt aus diesen Momenten heraus klar auf der Hand. Die katholischen Arbeitersekretariate sollen Wahlmaschinen für die Zentrums- und Arbeiterpartei sein.

Wie groß war und ist die Arbeiterfeindschaft der Zentrums- und Arbeiterpartei. Immer mehr macht sich die Radikalisierung der Arbeiterpartei auch in Oberschlesien bemerkbar. Das Zentrum fürchtet mit Recht eine große Schlappe bei den Kommunalwahlen. Von der Kanzel herab läßt sich die Arbeiterpartei nicht mehr in demselben Maße einleiten wie noch vor wenigen Jahren. Die Arbeiterpartei merkt, daß die Evangelien sie nicht fast machen. Deshalb macht das Zentrum frampfhafte Anstrengungen, um durch solche praktische Beratungen die Arbeiter wieder als Stimmvieh zu bekommen.

Doch auch zu diesen katholischen Arbeitersekretariaten hat die Arbeiterpartei kein Vertrauen mehr. Hier und da mußte so ein Sekretariat seinen Laden zumachen. Hier ein Beweis, daß die Arbeiter nichts von diesen Institutionen wissen wollen.

In Cosel wurde vor ungefähr zwei Monaten das katholische Arbeitersekretariat aus finanziellen Gründen geschlossen. Der Zuschuß, den die Zentrumskapitalisten zur Verbundung der Arbeiterpartei gaben, erfüllte angesichts des abnehmenden Verhaltens der Arbeiterpartei nicht seinen Zweck. Da es aber bis zu den Kommunalwahlen nur noch wenige Monate sind, wurde jetzt wieder ein Arbeitersekretariat in Cosel aufgezogen.

Arbeiter, Augen auf! Diese katholischen Arbeitersekretariate und anderen Beratungsstellen sind nur dazu da, um euch eure Stimmen bei der Wahl abgaunern zu können. Die Hilfe in Schulen und Bergwerken, die ihr dort erhaltet, sie ist nur ein Giftmittel des Klerus, um euch Arbeiter auf die Leinwand zu bekommen. Hilfe und Beratung, ohne dafür einen besonderen Dank zu erheischen, wie es die Pfaffen verlangen, geben jedem Arbeiter die Funktionäre der SPD.

Oleświz

3125 Stellungsuchende

Bei der in Oleświz herrschenden nicht einseitigen Arbeitsmarktlage ist ein ständiges Steigen der Arbeitslosenziffer zu verzeichnen. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zum Stillstand gekommen und die Zugänge der Arbeitslosensuche übersteigen, wenn auch in geringem Maße die Abgänge, die angesichts der regen Vermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweises mit jeder Woche die Ercheinung treten. Betrachtet man den letzten statistischen Wochenbericht des Arbeitsamtes Oleświz, so geht aus der Zahlenübersicht hervor, daß ein größerer Transport von insgesamt 101 Erwerbslosen für Bergbau, Hütten- und Salinenwesen zusammengestellt und zur Besetzung der gemeldeten offenen Stellen in dieser Gruppe auf den Weg gebracht wurden. Die Hauptzahl der Vermittlungen zeigt die Gruppe Lohnarbeit wechselnder Art, die allein von den insgesamt getätigten 279 Vermittlungen 63 nachzuweisen hat. Was die Arbeits-suchenden anbetrifft, so weist die Gruppe der Metallverarbeitung und Industrie die Höchstzahl mit 931 Stellunglosen auf. Wenn auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt der Kaufleute noch weiter ungünstig liegt, so ist im Verhältnis zur Vorwoche eine Besserung zu verzeichnen. In der Gruppe der kaufmännischen und Büroangestellten betrug die Zahl 534, gleich 18 Erwerbslose weniger gegenüber der Vorwoche. Rechnet man die Techniker (ohne Zahntechniker) mit 98 und die des Verkehrsgewerbes mit 164 hinzu, dann steht diese Gruppe mit einer Erwerbslosenzahl von 796 an zweiter Stelle. Auch das Baugewerbe hat immer noch 161 Kräfte ohne Stellung, jedoch sind die Bauhelfer-schreiner und Hilfsarbeiter nicht eingerechnet. Mit Notstandsarbeiten werden zurzeit 886 Arbeitslose beschäftigt. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß in dieser Woche es keine ausgesperrten Personen gab, die dem Wohlfahrtsamt überwiesen wurden. Der amtliche Bericht des Arbeitsamtes Oleświz besagt, daß in der abgelaufenen Woche insgesamt 3125 gleich 2846 männliche und 279 weibliche Arbeits-suchende vorgemerkt sind. Die Arbeitslosenunterstützung erhalten 1195 gleich 952 männliche und 243 weibliche Arbeitslose. Die Krisenunterstützung erhalten 347 gleich 329 männliche und 18 weibliche Arbeitslose. Vermittelt wurden 175 gleich 123 männliche und 52 weibliche sowie 48 Notstandsarbeiter.

Fememörderdenkmal

Die Vereinigten Verbände heimattreuer (!) Oberschlesier beabsichtigen, den Fememörderbanditen ein Denkmal zu setzen. 200 Fememörder, an Arbeitern begangen, sollen für die Ewigkeit verherrlicht werden. Die beabsichtigte Errichtung eines Fememörderdenkmals ist der Ausdruck des immer frecher werdenden Faschismus und eine Provokation für die Arbeiterpartei.

Am 8. September soll für den Denkmalbau eine Verlosung stattfinden. Größere Firmen aus dem Reich, die als Faschisten-jüchtereien bekannt sind, haben dazu Geld und Gegenstände zur Verfügung gestellt. Die Spitzen der faschistischen Organisationen wollen durch die verlotternde Verlosung der Sache einen Massencharakter verleihen. An die Arbeiterpartei werden die Fememördergesellen heran-lommen und versuchen, die Arbeiter dafür zu interessieren. Mit einem großen Werbeumzug am 8. September soll die ganze Aktion eingeleitet werden.

Gegen diese faschistische Frechheit muß die Arbeiterpartei geschlossen Front machen. Arbeiter, Taschen zu! wenn die Fememörderbanditen an euch herantreten und euch noch Geld für ihre Pro-vokation herauslocken wollen. Nicht genug damit, müssen die Arbeiter energisch den Faschisten den Standpunkt des Proletariats klar-machen. Auf die Frechheit, ein Fememörderdenkmal zu errichten, muß ein Massenprotest entstehen. Die beste Antwort der ober-schlesischen

Arbeiter wird sein, daß in jedem Betrieb ein proletarischer Selbst-schutz gebildet wird.

Pensionszahlung

Bei den Postämtern findet die Militärrentenzahlung am 20. August in der Zeit von 7—12 und 15—18 Uhr in der Postkammer des Hauptpostamtes, die Zahlung der Invaliden- und Unfallrenten am 31. August in der Zeit von 7—16 Uhr im Saale der Neuen Welt statt.

Töblich überfahren

Montagabend wurde von einem Kraftwagen ein sechsjähriges Mädchen auf der Breslauer Straße überfahren. Die Kleine erlitt so schwere Verletzungen, daß sie nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Fundfächer

Gefunden: 1 Damenhandtasche (moderfarben), 1 Korallen-reihe, 1 Damenfahrrad. Zugelassen: 1 Dadel. Näheres im Fundbüro, Zimmer Nr. 35 (Polizeipräsidium Oleświz).

Hindenburg

Heraus zum Roten Landsonntag!

Sonntag, den 1. September, beteiligen sich alle Mitglieder der Partei am Roten Landsonntag. Die Agitationstour erfolgt per Auto. Fahrpreis pro Person 1 Mark. Parteiliedlieder, beteiligt euch recht zahlreich. Sympathisierende können an der Tour teilnehmen. Mel-dungen zur Fahrt erfolgen in der Arbeiterbuchhandlung, Schöbe-platz 12.

Sammeln der Teilnehmer am Reichensteinplatz 6,30 Uhr, Abfahrt 7 Uhr. Disziplinierung der SPD.

Rote Hilfe

Am Sonntag, dem 1. September, vor-mittags 10 Uhr, findet in Oleświz-Petersdorf die 5. Bezirkskonferenz der Roten Hilfe statt. — Alle Ortsgruppen müssen ihre Delegierten dazu entsenden. Besondere Einladung erging.

Beuthen

Unterstützungszahlungen

Die Auszahlung der Unterstüzungen für den Monat September erfolgt in der Parade, Gohstraße, an Ortsarmer: am 2. September Buchstaben L—Z vormittags von 8,30 bis 12,30 Uhr, und Buchstaben A—K nachmittags von 3,30 bis 5,30 Uhr, an Pflegegeldempfänger am 2. September nachmittags von 3,30 bis 5,30 Uhr.

Ratibor

Verunglückt bei Hüdel

Der Arbeiter P. Jochko ist am Sonnabend in der Knochenmühle, Futzfabrik Hüdel, verunglückt. J. erlitt schwere Brandwunden und mußte nach dem Krankenhaus geschafft werden.

Das Zentrum wieder abgerufen

Am Sonntag, dem 25. August, fand wiederum von der Zentrums-partei in Lassoki eine öffentliche Versammlung statt. Dieksmal hatte man den Ortsparter von Namslau entsandt, der in seinen Ausführungen, ausgehend von der Reformleistung der Zeppelinfahrt, der Verwilderung von Moral und Sitte bis zum „vorhandenen Mangel“ an Kaplänen, den Kleinbauern und Arbeitern die Politik des Zentrums als die beste anzupreisen versuchte. In der Diskussion sprach der Vertreter der kommunistischen Partei, worauf nach Be-endigung seiner Ausführungen der übergroße Teil der Versammlungs-besucher den Saal verließ, ohne das Schlusswort des Pfarrers entgegenzunehmen. Auch diese Versammlung hat gezeigt, daß die Klein-bauern und Arbeiter nach wie vor auf der Seite der kommunistischen Partei stehen.

Genossen, macht es liberal so!

In einer sehr gut besuchten Sympathisierenden-Versammlung in Marlowitz sprach am Sonntag, dem 25. August, der Genosse König über „Die weltpolitische Lage und die Aufgabe der Arbeiter-schaft“. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten unterstrichen und besonders Stellung genommen gegen die geplante „Reform“ des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Nachfolgend sprach der Kreistagsabgeordnete Genosse Barzol über die vergangene Tätigkeit des Kreis-tages und zu den bevorstehenden Kommunal-, Kreis- und Provinziallandtagswahlen. Die Versammlung, die in voller Einmütigkeit tagte, hatte als Erfolg fünf Neuaufnahmen für die Partei zu verzeichnen.

Kreuzburg

Schadensfeuer

Mitten in der Nacht ertönte am Sonnabend Feueralarm. In der Oppelner Straße war ein Fourageschuppen der Firma Kopür in Brand geraten. Während die Feuerwehr den Brand bekämpfte, gingen die Bewohner der Nachbarschaft schon dazu über, ihre Möbel auf die Straße zu räumen. Der Brand konnte aber auf seinen Herd be-schränkt werden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Groß-Sirehilitz

Baumeister Penzel zahlt keinen Tariflohn

K. R. Die Bauausführung der Haushaltungsschule der Frauen liegt in den Händen des Baumeisters Penzel. Herr Penzel ist ein sehr „christlicher“ Mann und Zentrumsradikaler. Darum glaubt er auch, die Arbeiter um den ihnen zustehenden Lohn betrügen zu können. Obwohl der Tariflohn im Baugewerbe 82 Pfennig ist, zahlt Penzel nur 66 bzw. 60 Pfennig. Auch ist es nichts Seltenes, daß den Arbeitern eine halbe oder eine Stunde in der Woche fehlt.

Die Arbeiter von Penzel, die zum Teil immer noch der christlichen Gewerkschaft nachlaufen, müßten geschlossen wenigstens den Tariflohn verlangen. Selbst der ist niedrig genug. Mit der christlichen Gewerkschaft muß ebenfalls Schluß gemacht werden. Der Schlag aller Bauarbeiter ist an der Seite der Opposition in Baugewerksbund.

Oppeln

Rot Front lebt

Trotz allen Verbots und aller Schikanen sozialdemokratischer Polizeipräsidenten läßt sich die „Rote Front“ nicht aus dem Herzen der Arbeiter treiben. Immer wieder geben die Arbeiter zu erkennen, daß Rot Front lebt. Am Freitag morgen waren Bürgersteige und Häuser in den verschiedenen Straßen der Stadt mit der Karole:

Rot Front, trotz Borgebel-Verbot

in roter Farbe versehen. Die Arbeiter sind davon begeistert. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Ossowski ist nicht so davon begeistert. Er sandte darum seine Schergen zu den Hausbesitzern, damit sie die Lebenszeichen von „Rot Front“ vernichten. Aber Rot Front hielt stand. Allen Abwaschversuchen zum Trotz leuchtete: Rot Front!

Jugendtreffen in Hindenburg

Am 8. September 1929 findet in Hindenburg das 16. Internationale Jugendtreffen statt. Alle Jungarbeiter beteiligen sich daran. Die Hin- und Rückfahrt kostet 2,50 Mark. Anmeldungen werden bei den Funktionären der kommunistischen Jugend und im Büro des „Eisenbahner-Echos“ entgegengenommen.

Zellenversammlung der Zelle Stadt

Freitag, den 30. August, um 10,30 Uhr, im alten Schützenhaus. Tagesordnung: 1. Das Rote Treffen in Oppeln. 2. Die Kommunalwahlen. Es wird das Erscheinen aller Zellenmitglieder erwartet.

Versammlungskalender

Ratibor, Freitag, den 30. August, 10 Uhr in der „Stadt Troppau“ Mitgliederversammlung der Partei. Restloses Erscheinen der Genossen erforderlich.

Verantwortl. für Waldenburg, Niederschlesien, Gewerkschaft und Sport: Wilhelm Biedob, Breslau; für Oberschlesien: Gerhard Schulz, Oleświz; für Kattowitz, Breslau und Sonstiges: Arthur Dombrowski, Breslau. Für Inserate: August Reimann, Breslau.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Eröffnungs-Vorstellung der Spielzeit 1929/30
Zum ersten Male
„Reporter“
(The Front Page)
ein Stück in 3 Akten von
Ben Hecht und
Charles Mac Arthur
Von Sonnabend, 24. Aug.
bis Sonnabend, 31. August
täglich 20,15 Uhr
„Reporter“

Thalia-Theater
Eröffnungs-Vorstellung der Spielzeit 1929/30
Zum ersten Male
„Lord Baby“
ein tolles Stück in 3 Akten
von Rebek Howard
Von Sonnabend, 24. Aug.
bis Sonnabend, 31. August
täglich 20,15 Uhr
„Lord Baby“

Perfekte
Stenotypistin
gesucht
Bewerbungen mit Angabe
bisheriger Tätigkeit unter
A. R. an die Gesch. d. Ztg.

Wandeleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Befeihung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Partei-genossen!

Täglich frische
See-Fische, Fluß-Fische
Wild u. Gellagel bei
Will Hanke
Schweidnitz, Langstraße 29

Beachtet
bei allen Einläufen
immer nur unsere
Inserenten!

Unvermutete Ereignisse
wie Krankheit oder Unglücksfälle können
jeden jederzeit treffen! Nicht ist es, dann
zu denken! Ein Konto bei der Sparkasse
entlastet Sie vieler Sorgen!
Städtische Sparkasse zu Breslau.

Am 7. und 8. September: Internationaler Jugendtag in Hindenburg

Görlitz

Ihre Einkäufe? Gut und billig nur im KAUFHAUS STRAUS

Sprechapparate / Musikschallplatten... 11432

Für alle Krankenlassen Die gute Brille... 11433

Frank Kohlen bei Oskar Ulrich... 11434

ELECTROLA... 11436

Postermöbel-Stephan... 11038

Berliner Str. 8 Obermarkt 28... 11038

Optiker Trabs... 11039

Schwarzberg... 11042

S. Fischer... 11044

August Hollburg, Berliner Str. 21... 11032

Görlitzer Bürgerbräu... 11045

A. Klingenberg KG... 11041

Molkerei Weißbach... 11040

Wäschehaus Hermann Junge... 11037

Görlitzer Molkerei... 11038

BERNDT... 11034

J. Erhardt... 11046

Möbel... 11033

KARL ROCH... 11028

PAUL RENNER... 11030

Max Ratsch... 11031

M. Lorenz... 11035

Trinkt einheimische Biere... 1132

B. Zindler... 11443

Eise Hoffmann... 11440

Fritz Skupin... 11442

F. Rollmann... 11441

Strasser... 11444

Jr. Hoffmann... 11438

Carl Ringer... 11439

Georg Wiler... 11445

Liegnitz

Schuhreparatur... 11324

S. HARLAM... 11326

Sprechapparate... 11326

Schuhreparatur... 11324

Butterhandlung... 11402

B. Kanzenndorf... 11402

M. Klant... 11398

Stebel... 11399

Alfred Jengen... 11401

E. Brachvogel... 11404

H. Fleisch... 11405

Emil Winkler... 11406

M. Wiedert & Co... 11408

Christian Kaiser... 11318

G. Wegig... 11319

M. Liebermann... 11320

Carl Gerkenberger... 11322

W. Kömer... 11064

Walter Nummerl... 11067

Walters Gasthaus... 11068

Schuhhaus... 11069

Iba Kohl... 11070

Carl Pfeil... 11071

Grünberg

Ernst Th. Franke... 11191

Fritz Stahn... 11198

Broten- u. Weisbäckerei... 11181

Erwin Goldmann... 11119

Dresdner... 11147

M. ECKERT... 11146

Feinbäckerei... 11140

Paul Wagner... 11145

Fritz Schaefer... 11138

Fleisch- und Wurstwaren... 11068

Woydts... 11140

Trinkt die wohlbekömmlichen... 1141

W. Grau... 11139

Paul Sander... 11085

Installationen... 11135

Leinenhaus... 11310

Theophil Rosenthal... 11311

Trinkt Milch... 11315

Schiffers & Sohn... 11312

Erich Kühn... 11313

M. Grundmann... 11314

H. Krause... 11316

Stuhrmann... 11364

Manufaktur... 11358

Carl Bräuer... 11357

Rittelmann... 11361

Fritz Grätz... 11355

Schmerwitz... 11360

Paul Mohr... 11428

Bestwaren... 11429

Paul Göge... 11067

W. Berleht... 11111

Wäsche... 11113

Besucht die... 11115

Emil Neumann... 11116

Leinenhaus... 11121

H. Fleisch... 11142

Josef Franz... 11145

Gustav Staub... 11149

Hamburger... 11150

Flieischer... 11248

Postermöbel... 11250

Blumenhaus... 11251

Theodor Pring... 11252

Zigarrenhaus... 11245

Herm. Neumann... 11246

Güte / Mägen... 11247

Lauban

Kaiser... 11317

Christoph... 11318

G. Wegig... 11319

M. Liebermann... 11320

Carl Gerkenberger... 11322

W. Kömer... 11064

Walter Nummerl... 11067

Walters Gasthaus... 11068

Schuhhaus... 11069

Iba Kohl... 11070

Carl Pfeil... 11071

Bunzlau

Leinenhaus... 11310

Theophil Rosenthal... 11311

Trinkt Milch... 11315

Schiffers & Sohn... 11312

Erich Kühn... 11313

M. Grundmann... 11314

H. Krause... 11316

Haynau

Kauf bei... 11248

Flieischer... 11248

Postermöbel... 11250

Blumenhaus... 11251

Theodor Pring... 11252

Zigarrenhaus... 11245

Herm. Neumann... 11246

Güte / Mägen... 11247